



Hinweise für
Mandatsträger und Personen des öffentlichen Lebens
Sicher in der Öffentlichkeit auftreten!

Kontroverse politische Diskussionen führen in der Öffentlichkeit mitunter zu Spannungen und Auseinandersetzungen in unserer Gesellschaft und bergen ein erhebliches Konfliktpotential.

Eine mögliche Folge könnte sein, dass Mandatsträger sowie Personen des öffentlichen Lebens für ihre Werte, Ansichten oder Entscheidungen angefeindet werden – mitunter können sich Menschen sogar zu Straftaten hinreißen lassen.

Das können beispielsweise sein:

- **Drohungen und Beleidigungen, die per E-Mail, Telefon oder anonymer Schreiben übermittelt oder über soziale Netzwerke mitgeteilt werden**
- **Straftaten gegen das Eigentum, wie zum Beispiel Sachbeschädigungen an der Wohnung/dem Haus oder dem Fahrzeug**
- **Straftaten gegen die eigene Person, insbesondere bei öffentlichen Veranstaltungen, wie zum Beispiel Drohungen, Beleidigungen oder gar körperliche Angriffe**

Beachten Sie bitte daher folgende Empfehlungen:

Schärfen Sie und Ihre Angehörigen generell Ihr Sicherheitsbewusstsein.

Entwickeln Sie ein entsprechendes Sicherheits- und Gefahrenbewusstsein, indem Sie Ihre Umgebung stets aufmerksam beobachten. Informieren Sie bei verdächtigen Wahrnehmungen u n v e r z ü g l i c h die Polizei.

Bitten Sie auch Ihr Umfeld, also Ihre Familie, Ihr Büro und Ihre Kollegen/-innen, Nachbarn oder Betreuungspersonen Ihrer Kinder, stets aufmerksam zu sein und sensibilisieren Sie sie, für die oben genannten Formen der Anfeindungen.

Seien Sie zurückhaltend mit der Veröffentlichung aller persönlichen Daten – vor allem in sozialen Netzwerken und sensibilisieren Sie auch Ihre Familienangehörigen dahingehend, es ähnlich zu handhaben.

Stellen sie ihr Auto zu Hause und am Arbeitsplatz möglichst in einer Garage oder einem gesicherten Bereich ab.

Melden Sie alle verdächtigen Wahrnehmungen Ihrer Polizei.

Alarmieren Sie im Notfall die Polizei über den Notruf 110



Besprechen Sie im Vorfeld öffentlicher Veranstaltungen den genauen Ablauf mit den Verantwortlichen. Dazu gehört auch die Frage nach den zu erwartenden Teilnehmern/Besuchern, um zu klären, ob sich daraus Risiken ergeben. Informieren Sie sich über vorliegende Sicherheitsmaßnahmen, zum Beispiel über Fluchtwege, über die räumlichen Bedingungen vor Ort, den Einsatz von Sicherheitskräften et cetera.

Halten Sie Distanz zu aggressiven, feindseligen Personen, bleiben Sie ruhig und vermeiden Sie verbale bzw. non-verbale Provokationen.

Wenn Sie Drohbotschaften erhalten:

Nehmen Sie zunächst jede Drohung ernst – das heißt jedoch nicht, dass Sie auf etwaige Forderungen der Täter eingehen sollten. Verständigen Sie in diesem Fall unverzüglich die Polizei!

Beachten Sie, dass Briefsendungen und andere Druckerzeugnisse Spureenträger sind. Fassen Sie diese deshalb möglichst nicht an! Dokumentieren Sie, wie Ihnen die Sendung zugestellt wurde.

Leiten Sie Drohungen, die Sie per Mail oder Messenger-Dienste (Instant Messaging, Messenger) erhalten, nicht weiter, sondern warten Sie, bis die Polizei die Nachrichten gesichert hat.

Zeichnen Sie Drohanrufe – wenn möglich – auf und dokumentieren Sie das Gespräch detailliert (Ort beziehungsweise Anschluss, Stimme des Anrufers, Datum, Urzeit et cetera).

Werden Sie im Internet bedroht oder beleidigt, sichern Sie die Beiträge, beispielweise mittels Screenshots.

Das mögliche Ausmaß Ihrer persönlichen Gefährdung wird Ihnen von uns, Ihrer zuständigen Polizei, konkret im Rahmen eines Sicherheitsgespräches dargestellt.

Ihre Ansprechpartner beim Landespolizeipräsidium

Gerd Backes, EKHK
Leiter Personenschutz
LPP 23 Polizeilicher Staatsschutz
Personenschutz
Durchwahl: 2690

Reiner Both, KHK
Präventionsbeauftragter
LPP 20 Polizeiliche Kriminalprävention
Amts-/Wohnsitz-/Objektberatung
Durchwahl: 2868

Landespolizeipräsidium, Direktion LPP 2 (Kriminalitätsbekämpfung/Landeskriminalamt)
Mainzer Straße 134/136, D-66121 Saarbrücken
Tel.: 0681/962 -0

Melden Sie alle verdächtigen Wahrnehmungen Ihrer Polizei.

Alarmieren Sie im Notfall die Polizei über den Notruf 110